

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	XI
Einleitung	1
<i>I. Die Bürde des Krisenmoments</i>	<i>2</i>
<i>II. Gang und Methode der Untersuchung</i>	<i>4</i>
<i>III. Potential und Grenzen dieser Arbeit</i>	<i>9</i>
Teil I: Die Verfassungstreue im Grundgesetz	11
§ 1 Der hergebrachte Grundsatz der Verfassungstreue	13
<i>I. Der verfassungsrechtliche Rahmen</i>	<i>13</i>
<i>II. Auf den Spuren des hergebrachten Grundsatzes: Historische Antworten auf die Forschungsfragen</i>	<i>26</i>
<i>III. Zwischenfazit: Begrenzter historischer Kern des hergebrachten Grundsatzes</i>	<i>38</i>
§ 2 Die Verfassungstreue im Extremistenbeschluss	39
<i>I. Der dem Extremistenbeschluss zugrunde liegende Sachverhalt</i>	<i>39</i>
<i>II. Die inhaltliche Ausgestaltung der Verfassungstreue – dargestellt anhand der Forschungsfragen</i>	<i>40</i>
<i>III. Der hergebrachte Grundsatz im System des Grundgesetzes</i>	<i>45</i>
<i>IV. Zwischenfazit</i>	<i>48</i>
§ 3 Die rechtliche Bedeutung des Extremistenbeschlusses heute	51
<i>I. Normative Bindung an den Extremistenbeschluss?</i>	<i>52</i>
<i>II. Faktische Bindungswirkung des Extremistenbeschlusses aufgrund argumentativer Überzeugungskraft?</i>	<i>57</i>

<i>III. Relativierung des Extremistenbeschlusses durch eine Kontextualisierung?</i>	62
<i>IV. Relativierung des Extremistenbeschlusses durch das Europarecht? ...</i>	71
<i>V. Relativierung des Extremistenbeschlusses durch die Neuausrichtung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung?</i>	81
<i>VI. Zwischenfazit: Was von der verfassungsgerichtlichen Auslegung bleibt</i>	86
Teil II: Die Verfassungstreue im einfachen Recht	89
§4 Die einfachgesetzliche Konkretisierung der Verfassungstreue	91
<i>I. Die Verfassungstreue umsetzende Normen für Beamtinnen, Richterinnen und Soldatinnen</i>	92
<i>II. Der durch den Gesetzgeber vorgegebene Inhalt und Umfang der einfachgesetzlichen Verfassungstreue</i>	94
<i>III. Zwischenfazit</i>	100
§5 Die Dogmatik der Kernverfassungstreuepflicht	101
<i>I. Die Konkretisierung der Kernverfassungstreuepflicht anhand der Forschungsfragen</i>	101
<i>II. Der Pflichtverstoß</i>	116
<i>III. Die disziplinare Ahndung des Pflichtverstoßes</i>	130
<i>IV. Die Verfassungstreue als einfachgesetzliche Eignungsvoraussetzung</i>	136
<i>V. Zwischenfazit: Eng begrenztes Schutzgut und differenzierte Reaktionsmöglichkeiten</i>	142
§6 Die Rechtsprechung in Fallgruppen	145
<i>I. Reichsbürgerideologie</i>	146
<i>II. Parteimitgliedschaften</i>	153
<i>III. Verstöße gegen die Verfassungstreue jenseits parteipolitischer Aktivitäten</i>	177
<i>IV. Zukunftsthemen?</i>	197
<i>V. Zwischenfazit</i>	200

§ 7 Die übrigen einfachgesetzlichen Treuepflichten	201
I. Überschneidungen und Differenzen	202
II. Der Vorzug des abwägungsfesten Schutzguts	215
III. Zwischenfazit: Der Vorzug der Verfassungstreue bei der Beurteilung politischer Betätigung der Beamtin	216
Fazit: Verfassungskonforme einfachgesetzliche Konkretisierung des hergebrachten Grundsatzes	219
I. Beantwortung der Forschungsfragen anhand der einfachgesetzlichen Konkretisierung der Verfassungstreue	219
II. Die Wahrung der Verhältnismäßigkeit auf der Ebene des einfachen Rechts: Differenzierungsmöglichkeiten angesichts eines abwägungsfesten Schutzguts	221
III. Einfachgesetzliche Lösung verfassungsrechtlicher Spannungen	228
Literaturverzeichnis	229
Entscheidungsübersicht	247
Register	251

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Einleitung	1
<i>I. Die Bürde des Krisenmoments</i>	2
<i>II. Gang und Methode der Untersuchung</i>	4
1. Die Aufarbeitung der verfassungsgerichtlichen Auslegung der Verfassungstreue	5
2. Die Auslegung der einfachgesetzlichen Verfassungstreuepflicht	7
3. Der Abgleich zwischen der Verfassungstreue des Grundgesetzes und des einfachen Rechts	9
<i>III. Potential und Grenzen dieser Arbeit</i>	9
Teil I: Die Verfassungstreue im Grundgesetz	11
§ 1 Der hergebrachte Grundsatz der Verfassungstreue	13
<i>I. Der verfassungsrechtliche Rahmen</i>	13
1. Der Schutz hergebrachter Grundsätze des Berufsbeamtentums durch Art. 33 Abs. 5 GG	15
a) Die Funktionen des Art. 33 Abs. 5 GG	16
b) Die Ermittlung der hergebrachten Grundsätze: der Transformationsprozess des Art. 33 Abs. 5 GG	17
aa) Die Analyse des Transformationsprozesses des Art. 33 Abs. 5 GG nach Frank Rottmann	17
bb) Der Abgleich mit den Kriterien des Bundesverfassungsgerichts	19
2. Die Zugangseignung nach Art. 33 Abs. 2 GG	23
3. Zentrales Strukturmerkmal des öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnisses nach Art. 33 Abs. 4 GG	24
4. Zwischenergebnis	25
<i>II. Auf den Spuren des hergebrachten Grundsatzes: Historische Antworten auf die Forschungsfragen</i>	26

1. Kaiserreich	27
2. Weimarer Republik	28
3. Nationalsozialismus	31
4. Frühe Bundesrepublik	32
5. Die Zeit des Radikalenerlasses	34
6. Zwischenergebnis	37
<i>III. Zwischenfazit: Begrenzter historischer Kern des hergebrachten Grundsatzes</i>	38
§ 2 Die Verfassungstreue im Extremistenbeschluss	39
<i>I. Der dem Extremistenbeschluss zugrunde liegende Sachverhalt</i>	39
<i>II. Die inhaltliche Ausgestaltung der Verfassungstreue – dargestellt anhand der Forschungsfragen</i>	40
1. Gesinnung – Verhalten	41
2. Dienstlich – außerdienstlich	43
3. Positives oder negatives Pflichtverständnis	44
<i>III. Der hergebrachte Grundsatz im System des Grundgesetzes</i>	45
1. Die Verfassungstreue als hergebrachter Grundsatz und als Eignungsvoraussetzung: die Konsequenzen im einfachen Recht	45
2. Die Verfassungstreue als Grundrechtsschranke und ihr Verhältnis zum Parteienprivileg	46
3. Die Verfassungstreue als Bestandteil der wehrhaften Demokratie	48
<i>IV. Zwischenfazit</i>	48
§ 3 Die rechtliche Bedeutung des Extremistenbeschlusses heute	51
<i>I. Normative Bindung an den Extremistenbeschluss?</i>	52
<i>II. Faktische Bindungswirkung des Extremistenbeschlusses aufgrund argumentativer Überzeugungskraft?</i>	57
1. Die Lücken des Beschlusses	57
2. Mangelhafte Differenzierung zwischen hergebrachtem Grundsatz und einfachgesetzlicher Ausgestaltung	61
<i>III. Relativierung des Extremistenbeschlusses durch eine Kontextualisierung?</i>	62
1. Das Resultat des zeithistorischen Kontextes: Wellennarrativ entlang staatsrechtlicher Brüche	63
2. Sinn und Unsinn des Modelldenkens	67
3. Bilanz des Modelldenkens – Krisenerzählung ohne Ende?	69
<i>IV. Relativierung des Extremistenbeschlusses durch das Europarecht?</i> ...	71

1. Ein funktionsbezogenes Verständnis der Verfassungstreue aufgrund der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte?	72
2. Ein funktionales Verständnis der Verfassungstreue aufgrund des Unionsrechts?	75
3. Exkurs: Der Funktionsbezug der Verfassungstreue in der Rechtsprechung anderer Gerichte und internationaler Organisationen	78
4. Konsequenzen für die Ausgestaltung auf einfachgesetzlicher Ebene	80
<i>V. Relativierung des Extremistenbeschlusses durch die Neuausrichtung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung?</i>	<i>81</i>
1. Das Dilemma der (wehrhaften) Demokratie	82
2. Die Eingriffsschwelle der wehrhaften Demokratie	84
3. Die Neuausrichtung des Schutzguts der wehrhaften Demokratie im zweiten NPD-Verbotsverfahren	85
<i>VI. Zwischenfazit: Was von der verfassungsgerichtlichen Auslegung bleibt</i>	<i>86</i>
Teil II: Die Verfassungstreue im einfachen Recht	89
§4 Die einfachgesetzliche Konkretisierung der Verfassungstreue	91
<i>I. Die Verfassungstreue umsetzende Normen für Beamtinnen, Richterinnen und Soldatinnen</i>	<i>92</i>
<i>II. Der durch den Gesetzgeber vorgegebene Inhalt und Umfang der einfachgesetzlichen Verfassungstreue</i>	<i>94</i>
1. Gesinnung – Verhalten	94
2. Dienstlich – außerdienstlich	97
3. Positives oder negatives Pflichtverständnis	98
<i>III. Zwischenfazit</i>	<i>100</i>
§5 Die Dogmatik der Kernverfassungstreuepflicht	101
<i>I. Die Konkretisierung der Kernverfassungstreuepflicht anhand der Forschungsfragen</i>	<i>101</i>
1. Gesinnung – Verhalten	102
a) Verfassungsfeindliche Gesinnung als Pflichtverstoß?	103
b) Verfassungsfeindliches Verhalten ohne den Nachweis einer verfassungsfeindlichen Gesinnung	108
c) Das kumulative Pflichtenverständnis	110

2.	Dienstlich – außerdienstlich	112
3.	Positives oder negatives Pflichtverständnis	114
4.	Zwischenergebnis: Kumulatives Pflichtenverständnis und alternative Verletzbarkeit	115
<i>II.</i>	<i>Der Pflichtverstoß</i>	116
1.	Das Schutzgut der Verfassungstreue: die freiheitliche demokratische Grundordnung	116
2.	Die Beeinträchtigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung durch die einzelne Beamtin	119
a)	Keine Übertragbarkeit der Eingriffsschwelle des aggressiv- kämpferischen Verhaltens	120
b)	Überschneidungen zwischen der beamtenrechtlichen Verfassungstreue und dem Strafrecht	122
c)	Die Schwelle der Pflichtverletzung der beamtenrechtlichen Verfassungstreue	124
aa)	Bekennenspflicht (§ 60 Abs. 1 S. 3 Alt. 1 BBG)	124
bb)	Eintretenspflicht (§ 60 Abs. 1 S. 3 Alt. 2 BBG)	126
cc)	Betätigung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung durch Ruhestandsbeamtinnen	129
3.	Zwischenergebnis	130
<i>III.</i>	<i>Die disziplinare Ahndung des Pflichtverstoßes</i>	130
1.	Der Rahmen des Disziplinarrechts	131
-2.	Die Bemessung der Disziplinarmaßnahme im Rahmen des kumulativen Pflichtenverständnisses	134
3.	Zwischenergebnis	135
<i>IV.</i>	<i>Die Verfassungstreue als einfachgesetzliche Eignungsvoraussetzung</i>	136
1.	Die Grundlage der Prognoseentscheidung	137
2.	Die Anhörung	140
3.	Die Verteilung der Beweislast	141
4.	Zwischenergebnis	142
<i>V.</i>	<i>Zwischenfazit: Eng begrenztes Schutzgut und differenzierte Reaktionsmöglichkeiten</i>	142
§ 6	Die Rechtsprechung in Fallgruppen	145
<i>I.</i>	<i>Reichsbürgerideologie</i>	146
1.	Die Negierung der Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschlands als Verstoß gegen die Verfassungstreuepflicht	147
2.	Die angemessene Disziplinarmaßnahme	150
<i>II.</i>	<i>Parteimitgliedschaften</i>	153
1.	Verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Berücksichtigung von Parteimitgliedschaften	154

2.	Lektionen aus der Vergangenheit	157
	a) DKP-Mitgliedschaften: Politisch motivierte Berufsverbote?	158
	b) NPD-Mitgliedschaften: Unterschätzte Gefahr von rechts in den 1970er und 1980er Jahren?	161
	c) Differenzierte Rechtsprechung der 1990er und 2000er Jahre	164
3.	Lehren für den Umgang mit Mitgliedern neuer rechter Parteien	167
	a) Parteipolitisches Engagement in der AfD als Verstoß gegen die Verfassungstreue	169
	b) Das Rückkehrrecht von Mandatsträgerinnen	171
4.	Zwischenergebnis	176
<i>III. Verstöße gegen die Verfassungstreue jenseits</i>		
	<i>parteilichter Aktivitäten</i>	177
1.	Die objektive Beeinträchtigung der Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung durch recht(sextrem)es Verhalten oder Äußerungen	178
	a) Eindeutige Missachtung: Nationalsozialistisches Gedankengut und Holocaust-Leugnung	180
	b) Die Berücksichtigung der Meinungsfreiheit der Beamtin bei der Deutung einer Meinungsäußerung	182
2.	Differenzierung der Pflichtverstoßvarianten	183
	a) Verstoß gegen die Eintretensvariante bei Verwendung eindeutiger Symbolik	184
	b) Der Nachweis rechtsextremer verfassungsfeindlicher Gesinnung	186
3.	Digitale Kommunikation im Rahmen von Chatgruppen	187
	a) Der Ausdruck verfassungsfeindlicher Gesinnung in Chatgruppen	188
	b) Die Pflicht zur Distanzierung bei von Dritten geteilten Inhalten	191
4.	Verstoß gegen die Wohlverhaltenspflicht als Alternative?	193
5.	Die Konsequenz von Verstößen gegen die Kernverfassungstreuepflicht von rechts	195
<i>IV. Zukunftsthemen?</i>		
	1. Linkes Spektrum und Klimaaktivistinnen	197
	2. Religiöse Gesinnung als Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung	198
<i>V. Zwischenfazit</i>		
	200	
§ 7 Die übrigen einfachgesetzlichen Treuepflichten		
	201	
<i>I. Überschneidungen und Differenzen</i>		
	202	
1.	Neutralität als Vermeidung des bösen Scheins	203
2.	Die beamtenrechtliche Grenze politischer Betätigung jenseits der freiheitlichen demokratischen Grundordnung: die Mäßigungspflicht	205

3. Überschneidungen im Auffangtatbestand der Wohlverhaltenspflicht	209
4. Das Erscheinungsbild der Beamtin	212
<i>II. Der Vorzug des abwägungsfesten Schutzguts</i>	<i>215</i>
<i>III. Zwischenfazit: Der Vorzug der Verfassungstreue bei der Beurteilung politischer Betätigung der Beamtin</i>	<i>216</i>
Fazit: Verfassungskonforme einfachgesetzliche Konkretisierung des hergebrachten Grundsatzes	219
<i>I. Beantwortung der Forschungsfragen anhand der einfachgesetzlichen Konkretisierung der Verfassungstreue</i>	<i>219</i>
<i>II. Die Wahrung der Verhältnismäßigkeit auf der Ebene des einfachen Rechts: Differenzierungsmöglichkeiten angesichts eines abwägungsfesten Schutzguts</i>	<i>221</i>
1. Funktionsunabhängige Verpflichtung auf ein abwägungsfestes Schutzgut	221
a) Grundsätzliche Funktionsunabhängigkeit von Verfassungstreue und Beamtenstatus	222
b) Die engen und abwägungsfesten Grenzen des Schutzgutes der freiheitlichen demokratischen Grundordnung	224
2. Differenzierungspotential im Rahmen der einfachgesetzlichen Ausgestaltung	225
<i>III. Einfachgesetzliche Lösung verfassungsrechtlicher Spannungen</i>	<i>228</i>
Literaturverzeichnis	229
Entscheidungsübersicht	247
Register	251